

Beschluss (gegen die Stimmen von DIE LINKE.):

1. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die befristet (2019 bis 2026) erforderlichen Haushaltsmittel für Personalauszahlungen i. H. v. 149.415 € (jährlich) im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2019 anzumelden. Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamten/-innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 56.734 € (40 % des Jahresmittelbetrages).
2. Das Produktkostenbudget beim Produkt 38512100 Stadtentwicklungsplanung erhöht sich um 1.195.320 €, davon sind in den Jahren 2019 bis 2026 jeweils 149.415 € zahlungswirksam.
3. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die befristet erforderlichen Haushaltsmittel für die laufenden Arbeitsplatzkosten i. H. v. 1.600 € für die Jahre 2020 bis 2026 im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2020 anzumelden. Die Kosten sind in der Höhe auch zahlungswirksam. Das Produktkostenbudget beim Produkt 38512100 Stadtentwicklungsplanung erhöht sich um diesen Betrag.
4. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die einmalig erforderlichen investiven Haushaltsmittel für die Arbeitsplatzzerstausstattung i. H. v. 7.110 € im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2019 anzumelden.
5. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die Einrichtung von drei ab 2019 bis 2026 befristet erforderlichen Stellen und deren Besetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen.
6. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.